Stellungnahme
zum Bericht
des Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamtes
des Landkreises Wittenberg
über die Prüfung der Jahresrechnung
der Gemeinde

W Ö R P E N

für das Haushaltsjahr 2007

1. Vorbemerkungen:

Die Prüfung der Jahresrechnung 2007 erfolgte in der Zeit vom 27.04.2010 bis 18.05.2010 durch das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Wittenberg. Das Ergebnis der Prüfung bestätigt im Wesentlichen die Ordnungsmäßigkeit der Haushaltsführung im Haushaltsjahr 2007.

Die getroffenen Feststellungen und Hinweise wurden mit den verantwortlichen Mitarbeitern ausgewertet und Festlegungen für die künftige Arbeit getroffen.

Der geforderte Haushaltsausgleich gemäß § 90 (3) GO LSA wurde im Haushaltsjahr 2007 erreicht.

2. Zusammengefasste Hinweise aus dem Prüfbericht:

Nr.	Inhalt	Fachbereich	Seite
3.3.5.	Das RP bemängelt die Ordnungsmäßigkeit der zu den Niederschlagungen gefertigten Mitteilungen	2	8
3.3.6..	Die Zustimmungen des Bürgermeisters fehlte bei getätigten unerheblichen Haushaltsüberschreitungen	2	8
3.4.2. und 5.2.	Nicht verbrauchte Mittel der IVH, die der Rücklage zugeführt werden, sind gesondert auszuweisen	2	10/ 15
5.3.	Beachtung Gliederungs- und Gruppierungsvorschriften	3	16

3. Stellungnahmen:

Aufgrund der Zusammenstellung der Prüfungsbemerkungen aus dem Bericht des Rechnungsprüfungsamtes zur Prüfung der Jahresrechnung wurden von der Verwaltung Stellungnahmen erarbeitet, welche hier zusammengefasst wurden und vorgelegt werden.

Zu Nr. 3.3.5.

Seite 8

Stellungnahme FB 2

Die Dokumentation der Niederschlagungen über Benutzungsgebühren wurde auf einer Niederschlagskartei nachgeholt.

Zu Nr. 3.3.6.

Seite 8

Stellungnahme FB 2

Laut Prüfbericht fehlten bei drei getätigten unerheblichen Haushaltsüberschreitungen die Zustimmung der Bürgermeisterin.

Nach Überprüfung dieser Aussage musste festgestellt werden, dass diese Aussage im Prüfbericht nicht richtig ist. Alle getätigten unerheblichen Haushaltsüberschreitungen sind von der Bürgermeisterin unterschrieben und somit genehmigt worden.

Bei den zustimmungsbedürftigen Haushaltsüberschreitungen durch den Gemeinderat handelt es sich um Buchungen zum Jahresabschluss. Aufgrund der Mehreinnahmen im Verwaltungshaushalt konnten mehr nicht benötigte Einnahmen dem Vermögenshaushalt (Ausgabe im Verwaltungshaushalt) und somit der Rücklage (Ausgabe im Vermögenshaushalt) zugeführt werden. Diese, eigentlich aufgrund von Mehreinnahmen, getätigten Mehrausgaben hätten vom Gemeinderat genehmigt werden müssen.

Zu Nr. 3.4.2./5.2.

Seiten

10/15

Stellungnahme FB 2

Die Ausweisung der nicht verbrauchten Investitionsmittel, die der Rücklage zugeführt worden sind, wurde nachträglich vorgenommen.

Stellungnahme FM 03

Die betreffenden Mitarbeiter des Fachbereiches Ordnung, Sicherheit und Soziales wurden bezüglich der strikten Einhaltung der Gliederungs- und Gruppierungsvorschriften belehrt.

Diese Belehrung wurde aktenkundig gemacht

4. Schlussbemerkung:

Das Ergebnis der Prüfung bestätigt im Wesentlichen die Ordnungsmäßigkeit der Haushaltsführung im Haushaltsjahr 2007

Die getroffenen Prüfungsfeststellungen und gegebenen Hinweise werden ausgeräumt bzw. künftig beachtet.

Gegen eine Entlastung gemäß § 170 (3) GO LSA bestehen seitens des Rechnungsprüfungsamtes keine Bedenken.

Berlin
Bürgermeisterin